

Plattform stoppt Crowdfunding für «No Billag»

Initiative Die Gründer und die Geschäftsleitung der Plattform WeMakeit.ch haben sich entschlossen, die auf ihrer Internetseite aufgeschaltete Crowdfunding-Kampagne für die Volksinitiative «No Billag» zu beenden. Zur Begründung heisst es, «infolge einer äusserst kurzen Einreichfrist» habe die Kampagne «leider nicht rechtzeitig geprüft» werden können, wofür man sich entschuldigt. Nachdem diese Prüfung nun offenbar erfolgt ist, lässt WeMakeit verlauten, man halte «die extreme Stossrichtung der Initiative für staatspolitisch gefährlich» und werde «dieser auf keinen Fall eine Plattform bieten». Auch bei WeMakeit sei man nicht mit jedem Fernsehprogramm, jeder Radiosendung und jeder Website unter dem Dach der SRG zufrieden, heisst es weiter. «Eine vollständige Privatisierung als Folge der Umsetzung der Initiative würde aber zu einem medialen Einheitsbrei führen, den sich niemand ernsthaft wünschen kann.»

WeMakeit wird bereits erfolgte Zahlungen «vollständig zurückerstatten». Auf Nachfrage hin erklärt Johannes Gees von WeMakeit, dass die Plattform «ein Privatunternehmen mit einer eigenen Meinung» sei und man in diesem Fall das zur Diskussion stehende Anliegen «als Staatsbürger» nicht teilen könne. Olivier Kessler vom Verein No Billag nennt den Entscheid der Plattform «einen Akt der Willkür» sowie «einen Affront gegenüber den rund 170 Personen, die bereits gespendet» hätten. «Von einer Schweizer Firma hätten wir ein besseres Verständnis für die Funktionsweise der direkten Demokratie erwartet», sagt Kessler. Schliesslich hätten über 112 000 Stimmbürger die Initiative unterzeichnet, und die Bundeskanzlei habe sie geprüft und für gültig befunden. Man suche jetzt «nach einer anderen technischen Lösung für unser Crowdfunding», so Kessler. (cla.)

Schritt zur Frauenquote light

Aktienrecht Die zuständige Nationalratskommission stellt sich hinter eine Frauenquote in grossen Unternehmen. Allerdings soll diese nur vorübergehend greifen.

Dominic Wirth

Es ist ein erster kleiner Durchbruch in einer umstrittenen Frage: Die Rechtskommission des Nationalrats folgt dem Bundesrat und spricht sich für die Einführung einer Frauenquote für grosse Schweizer Unternehmen aus. Künftig sollen im Verwaltungsrat von börsenkotierten Firmen mit mehr als 250 Angestellten mindestens 30 Prozent Frauen sitzen. In der Geschäftsleitung müssten es wenigstens 20 Prozent sein. Für Unternehmen, die diese Quoten nicht erreichen, sind zwar keine Sanktionen vorgesehen. Sie hätten sich aber im Vergütungsbericht zu erklären – und Massnahmen zur Verbesserung vorzulegen.

Mit 14 zu 11 Stimmen fiel der Entscheid knapp, und er kommt durchaus überraschend, auch wenn sich zuletzt die Unterstützung von CVP, BDP, GLP und Teilen der FDP für eine Zwischenlösung abgezeichnet hatte. Denn in der Vernehmlassung wollten die bürgerlichen Parteien vom Vorschlag des Bundesrats noch nichts wissen. Dass sich nun nur noch die SVP geschlossen gegen eine Frauenquote stellt, hängt auch mit dem Kompromiss zusammen, den die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder vorgeschlagen hatte. Die Quote soll nämlich nur während zehn Jahren gelten und danach ersatzlos aufgehoben werden. Der Bundesrat hatte keine Befristung vorgesehen. Zudem wollte dieser den Unternehmen mehr Zeit einräumen, um geeignete Kandidaten zu finden, als dies die Kommission nun vorschlägt.

Zuletzt tat sich in den Firmen schon einiges

Dass die Schweizer Firmen bezüglich des Frauenanteils in ihren Teppichetagen einiges nachzuholen haben, zeigt der Vergleich mit



In Schweizer Verwaltungsräten beträgt der Frauenanteil derzeit 17 Prozent.

Bild: Sigrid Olsson/Photoalto

dem Ausland. In einer Studie von Ernst&Young belegt die Schweiz sowohl bei der Quote in der Geschäftsleitung als auch bei jener im Verwaltungsrat hinterste Plätze. Allerdings zeigt der Schilling-Report von 2017 auch, dass sich etwas tut. So stieg der Frauenan-

teil in den Geschäftsleitungen der 100 grössten Schweizer Arbeitgeber im Vergleich zu 2016 von 6 auf 8 Prozent. Auch in den Verwaltungsräten legten die Frauen zu, von 16 auf 17 Prozent. In beiden Führungsgremien wurden 21 Prozent der Vakanzen mit Frauen

besetzt, was einen deutlichen Anstieg bedeutet.

Für Christa Markwalder ist klar, weshalb zuletzt einiges in Bewegung geriet. In den Augen der Berner Nationalrätin zeigen die schon länger diskutierten Pläne des Bundesrats bereits ihre

Wirkung, obwohl sie noch in keinem Gesetz stehen. «Die Unternehmen haben sich dem Thema gewidmet, und das Ergebnis war ein Anstieg, wie wir ihn zehn Jahre lang nicht erlebt haben», sagt Markwalder. Die Zahlen von 2017 sind für die FDP-Frau ein Beleg dafür, dass sanfter Druck ohne Sanktionsmöglichkeiten für den Bund – eine «minimal-invasive Intervention», wie sie es nennt – bereits ausreicht, um eine Entwicklung in Gang zu setzen. Eine andere bürgerliche Frau, die zum Ja-Lager zählt, ist Andrea Gmür-Schönenberger. «Man darf in dieser Frage ein wenig Druck ausüben, weil es sonst offenbar nicht geht», sagt die Luzerner Nationalrätin (CVP). Daneben spielen für sie auch wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle: «Gemischte Gremien bringen bessere Resultate», sagt sie.

Rickli befürchtet negative Effekte für Frauen

Nichts von einer Frauenquote wissen will derweil Natalie Rickli. Die SVP-Nationalrätin spricht von einem «Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit». Und sie befürchtet, dass man den Frauen mit der Einführung einer Quote «keinen Gefallen» tue – insbesondere, wenn die neuen Regeln wie von der Kommission vorgeschlagen bereits drei (Verwaltungsrat) sowie fünf (Geschäftsleitung) Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gelten sollen. «Das bringt die Gefahr mit sich, dass die Firmen schnelle Lösungen statt die kompetentesten Personen suchen. Und das könnte sich für die Frauen am Ende als Bumerang erweisen», sagt sie.

Bis die Frauenquote im Gesetz steht, ist der Weg allerdings noch weit: Zuerst befindet nun der Nationalrat über den Vorschlag seiner Kommission. Danach beugt sich der Ständerat über das Geschäft.

ANZEIGE



Spielend leicht zum Eigenheim.

Jetzt mit bis zu 3000 Franken Online-Bonus.

Unsere attraktiven Zinssätze bringen Sie Ihrem Wohntraum einen grossen Schritt näher. Jetzt Festhypothek online abschliessen und bis zu 3000 Franken sparen. Nur auf migrosbank.ch/online-hypothek.



Es geht auch anders.